

TE Vwgh Erkenntnis 1998/9/30 93/13/0281

JUSLINE Entscheidung

🕒 Veröffentlicht am 30.09.1998

Index

10/07 Verwaltungsgerichtshof;
32/01 Finanzverfahren allgemeines Abgabenrecht;

Norm

BAO §188;
BAO §288 Abs1 litd;
VwGG §42 Abs2 Z3 litc;

Betreff

Der Verwaltungsgerichtshof hat durch den Vorsitzenden Senatspräsident Dr. Weiss und Senatspräsident Dr. Pokorny sowie die Hofräte Dr. Fellner, Dr. Hargassner und Mag. Heinzl als Richter, im Beisein des Schriftführers Dr. Repa, über die Beschwerde des Dr. S in W, vertreten durch Dr. Gerhard Seidel, Rechtsanwalt in Wien VII, Zollergasse 8, gegen den Bescheid der Finanzlandesdirektion für Wien, Niederösterreich und Burgenland (Berufungssenat VI) vom 25. Juni 1993, Zl. 6/3-3121/93-05, betreffend einheitliche und gesonderte Feststellung von Einkünften für die Jahre 1987 bis 1989, zu Recht erkannt:

Spruch

Der angefochtene Bescheid wird wegen Rechtswidrigkeit infolge Verletzung von Verfahrensvorschriften aufgehoben.

Der Bund hat dem Beschwerdeführer Aufwendungen in der Höhe von S 12.800,-- binnen zwei Wochen bei sonstiger Exekution zu ersetzen. Das Mehrbegehren wird abgewiesen.

Begründung

Der Beschwerdeführer ist Steuerberater. Gemeinsam mit seinem Vater H.M., der ebenfalls Steuerberater war, betrieb er bis zu dessen Tod am 29. April 1987 eine Steuerberatungskanzlei.

Zunächst erklärte der Beschwerdeführer die im Jahr 1987

gemeinschaftlich erzielten Einkünfte wie folgt:

1. Jänner bis 29. April 1987:

Beschwerdeführer S 513.108,--

H.M. S 80.000,--

zusammen

Beschwerdeführer S 1,269.876,--

G.M. (= Mutter des

Beschwerdeführers als

Erbin des H.M.) S 120.000,--

zusammen S 1,389,876,--

Im Zuge einer nachfolgenden Betriebsprüfung wurden diverse

Betriebsausgaben nicht anerkannt und der Betrag von S 593.108,-- auf

S 601.128,-- erhöht. Diese Erhöhung wurde nicht bekämpft.

Das Finanzamt erließ einen vorläufigen Feststellungsbescheid gemäß § 188 BAO. Darin wurden die Ergebnisse der Periode vor und nach dem Tod des H.M. gemeinsam erfaßt. Die Anteile von H.M. und G.M. wurden laut Erklärung angesetzt; Die Anteile des Beschwerdeführers wurden mit S 1,808.304,-- ermittelt. Dem Verwaltungsakt ist nicht zu entnehmen, worauf die Differenz zu S 1,871.004,-- (= S 601.128,-- + S 1,269.876,--) zurückzuführen ist.

Da H.M. seine Tochter Dr. G. testamentarisch zum Alleinerben eingesetzt hatte, kam es in der Folge zu Rechtsstreitigkeiten, die mit einem gerichtlichen Vergleich beendet wurden. Darin verpflichtete sich der Beschwerdeführer, seiner Schwester Dr. G. S 2,100.000,-- für die Veräußerung ihrer Rechte an der Steuerberatungskanzlei zu bezahlen. Dies führte dazu, daß Dr. G. ein Veräußerungsgewinn in Höhe von S 1,936.945,-- zugerechnet wurde.

Feststellungsbescheides vertrat es dann analog zum Jahr 1988 die Auffassung, daß keine Mitunternehmerschaft vorliege.

Der Beschwerdeführer brachte eine Berufung ein, die im wesentlichen inhaltsgleich jener war, die er bereits für das Jahr 1988 eingebracht hatte.

Mit dem angefochtenen Bescheid änderte die belangte Behörde die Feststellungsbescheide für die Jahre 1987 bis 1989 ab. Die Entscheidungsgründe lauten:

"Gegen die Bescheide, die einheitlich und gesonderte Feststellung für die Jahre 1987 bis 1989 betreffend, berief ein Gesellschafter der betroffenen Kanzleigemeinschaft, weil das Finanzamt von den Erklärungen abgewichen war.

Gestützt auf den gesamten Akteninhalt und im Sinne des Berufungswerbers hat der Berufungssenat wie folgt entschieden:

Die angefochtenen Bescheide werden, wie folgt, abgeändert:

..."

Es folgen die zahlenmäßig festgestellten Beträge, aus denen sich die Abgabenbemessungsgrundlagen zusammensetzen, ohne jede weitere Begründung. Den Beträgen läßt sich lediglich entnehmen, daß die belangte Behörde dem Beschwerdeführer folgend vom Vorliegen gemeinschaftlich erzielter Einkünfte ausgeht und daß ein Großteil der Beträge "wie bisher" oder "lt. Bw" bzw. "lt. Erklärung" angesetzt wurde.

In der gegen diesen Bescheid erhobenen Beschwerde wendet sich der Beschwerdeführer gegen die Richtigkeit des Zahlenmaterials.

Der Verwaltungsgerichtshof hat erwogen:

Gemäß § 288 Abs. 1 lit. d BAO hat die Berufungsentscheidung eine Begründung zu enthalten. Daß der angefo